Als Dolchstoß empfanden die Adenstedter Bürger/innen auf der emotionsgeladenen Ortsratssitzung das Abstimmungsverhalten der beiden SPD-Mitglieder.

In einer namentlichen Abstimmung stimmten Jörg Roffmann und Jens-Uwe Könnecker für den Bürgermeistervorschlag, die Adenstedter Schule zu schließen, und die Adenstedter Kinder stattdessen nach Gadenstedt ans Ende der Feldstraße zu schicken– gefolgt von tumultartigen Zwischenrufen.

Alle anderen Ortsratsmitglieder stimmten fraktionsübergreifend gegen die beabsichtigte Schulschließung und setzten sich zudem stark für den Erhalt der Adenstedter Schule ein.

Zuvor mußte sich auch hier der Bürgermeister Otto-Heinz Fründt permanent für seine Vorlage verteidigen. An seinem Papier wurde in der zweieinhalbstündigen Bürgerfragestunde nicht ein gutes Haar gelassen.

Als Résumé zog Karsten Könnecker den Ilsede/Lahstedter Gebietsänderungsvertrag heran, nach dessen §8 (
Solange die rechtlichen Vorgaben und die demografische Entwicklung es rechtfertigen, werden die bestehenden Schulstandorte beibehalten
) die Schuldiskussion vertragswidrig sei, da weder demografisch rechtfertigbar, noch rechtlich, weil sich die bestehenden Schulen problemlos anpassen lassen.

Auch die Kosten sprechen seiner Meinung nach für die Erneuerung der bestehenden Schulen. Der Elternwille spreche eine deutliche Sprache. Er meinte, Politik solle offen und transparent sein – das fehle ihm hier alles.
Auch seien im Papier nicht die Minderung der Grundstückswerte um ca 10 Mio€ berücksichtigt, die Kosten Feldstraße nicht eingepreist, und der Solschener Willen (Kinder lieber in Adenstedt

unterrichten zu lassen, denn Ölsburg) nicht eingepflegt.

Conny Helmecke hielt die Planung für fragwürdig, und verwies auf den Koalitionsvertrag 2018 , nach dem die örtlichen Schulstrukturen gestärkt werden sollen, nach dem auf eine Vielfalt des Schulangebotes gesetzt werden solle, nach dem den Eltern große Wahlfreiheiten gegeben werden sollen und ein wohnnahes Angebot erhalten werden soll: Kurze Beine – kurze Wege. Dieses sei alles nicht in der Vorlage beachtet. Ihr seien in der Diskussion etliche Zitate des BM Fründt unangenehm aufgestoßen, sie empfand etliche Zahlen als nicht fundiert und die veranschlagten Buskosten schlicht als falsch. Sie appelierte: Schule muß am Ort bleiben.

Peter Duve zog arg vom Leder: Seiner Meinung nach sei die Finanzielle Vorstellung "vage, nicht transparent und nicht fundiert belegt". Die Ausarbeitung sei "rudimentär und in erheblichem Maße lückenhaft" und "für eine Beschlußfassung vollkommend unzureichend". Das vom BM gebrauchte pädagogische Argument sei gar keines, weil die hiesige Schule sehr gut funktioniere. Er meinte daß das 10.000€ Gutachten (1 Monat Arbeit in HOAI) damit vollkommen unzureichend sei(n muß). Schließend hoffte er schmunzelnd, daß der kommende Grundstückswertverlust dann hoffentlich in einer verminderten Grundsteuer für Adenstedt aufgefangen würde.

Jörg Roffmann fühlte sich an sein früheres Wahlversprechen erinnert, die Grundschule zu erhalten sei seine damalige Überzeugung gewesen. Mit "nun 3 Jahren älter und mehr Erfahrung" meinte er aber, Verantwortung für 11 Ilseder Ortschaften übernehmen zu müssen. Selbstreflektierend hielt er seine 4 Jahre Grundschulzeit in Adenstedt gesellschaftlich pauschalierend als nicht prägend für einen Lebensweg, und meinte, daß größere Schulen andere Möglichkeiten böten (ohne dieses weiter auszuformulieren). Er sei nun von seiner persönlichen Meinung vor drei Jahren abgewichen und werde der Beschlußvorlage zustimmen.

Peter Duve versuchte ihn noch daran zu erinnern, daß wer im Ortsrat sitze, der solle das Wohl des Ortes als maßgeblich halten – vergeblich.

Durch das Publikum genötigt gab nun auch Jens-Uwe Könnecker eine Stellungnahme ab: Mit dem Argument, die Schule sieht heute noch so aus, wie er sie damals verlassen habe - sei für ihn der beste Weg, eine neue Schule zu bauen.

Inga Cramm begann, daß sie keine Ganztagsschule bräuchte, war aber den Tränen nah, weil sie sich in 2 Ortsratsmitgliedern getäuscht hatte. Sie hielt ein derartiges Handeln für untragbar, aber meinte auch emotionsgeladen, daß man dem Bürgermeister eigentlich Teile des Papiers um die Ohren hauen müßte. Mit solch einer kommenden Großschule werden wir keine Lehrkräfte gewinnen.

Jürgen Schoke meinte unter langanhaltendem Applaus, daß die Adenstedter zu 95% gegen den Neubau seien und für den Erhalt ihrer Schule. Fast lyrisch: Er selber sei auch mit Herzblut dabei und mit jeder Faser für den Erhalt der Schule.

Und zuvor kamen aus dem Publikum noch folgende Einwände:

Eine Adenstedterin zeigte die schlechte Qualität der sogenannten Machbarkeitsstudie auf, anhand etlicher sich selbst widersprechenden Fakten und Fotos, ja war massiv davon irritiert, daß einmmal gleiche Kosten bei den Untersuchungen ob mit oder ohne Sporthalle rauskämen.

BM Fründt antwortete ausweichend, daß es bereits Überlegungen gäbe, eine Photovoltaikanlage zu installieren, die energetisch notwendig sei, die Anforderungen zu erfüllen.

Im weiteren Verlauf des Abends beschwor er im Brandschutzbereich gigantische Summen (mit gigantischen HOAI 1-9-Überbauten) herauf – ohne sich auf eine Größenordnung festzulegen, wir seien hier ja nicht auf dem Basar. Gab aber auch hier wieder zu, daß die Schüler und Lehrer auch heute in den Schulen sicher seien. Den Koalitionsvertrag bezeichnete er als Absichtserklärung, und kein Gesetz(t), somit für ihn nicht maßgeblich. In ganz vielen Aspekten und in seinen Augen vermeintlichen Richtigstellungen war sein Kommentar: „das habe ich so nicht wahrgenommen“, „das sehe ich aber anders“.

Er betonte, der auf dem Tisch liegende Vorschlag sei „die einzige Alternative für uns“ und wurde dann genötigt, „uns“ als den BM, (*Kommentar jp: und die weisungsgebundenen:*) Herrn Take, Frau Mailand, Hern Föste und alle in der Verwaltung daran arbeitenden zu definieren.

Den Einwurf, daß aktuell Kinder der Grundschule nach der 4ten oder 5ten Stunde Schluß hätten (und dann mangels geplanten Busverkehrs auf Mama-Taxi angewiesen wären) wischte er beiseite, indem er davon ausgehe daß die neue Schule eine „verläßliche“ sei, und er „halte die Regelung für ausreichend“. Auch die kritisierte Planung mit 4€/m² für technische Ausstattung, konnte er nicht als falsch erkennen – nein, die Sportgeräte bleiben den Ortschaften erhalten und nicht nach Gadenstedt gebracht. Ja, es gibt neue interaktive Schultafeln. Ja, das haut mit dem Geld alles hin.

Nach langem Bohren beschrieb er die so oft von ihm benutze Floskel, „er sei beauftragt worden dieses Konzept zu erstellen“ erst immer mit „vom Rat“, spezialisierte es jetzt aber auf den Verwaltungsausschuß (VA), der im August 2016 den BM beauftragt hat, eine zentrale Version zu untersuchen.

Masssive Proteste gab es, als er energetische Sanierung von Altbauten kategorisch ausschloß.

Die Beweggründe: Wohl der Kinder, Inklusion, Elternwille, Gesetzgeberintention (Koalitinsvertrag), Brandschutz sah ein Bürger in den alten Schulen umsetzbar und reduzierte das Verwaltungsinteresse: Neubau sei schlicht „die einfachste Variante“ für die Verwaltung.

Der Elternvertreter Cord Pape meinte, daß wir in Adenstedt alle geforderten Teile (bis auf körperliche Behinderung) bereits heute – also im April 2018 – abdecken würden. Die heutige pädagogische Qualität sei hervorragend. Und das sei sogar landesseitig geprüft und bestätigt worden. Er wunderte sich über die Proleme, die der BM immer raushole. Aktuell funktioniert Adenstedt inklusive Inklusion! Und bestätigte noch einmal: 90% der schulischen und pädagogischen Qualität hängt von den Lehrkräften ab, daran würde sich auch bei einer 3-Zügigkeit in Gadenstedt nichts "verbessern".

Er berichtete aus Edemissen, und meinte die Problemkinder seien nicht die Inklusions oder behinderten, sondern diejenigen, die aus sozial schwachen Verhältnissen kämen.

Er regte sich auf, es gehe alles, man müsse es nur wollen. Wir hätten alle Möglichkeiten – es wurde uns jedoch eine Vorlage vor den Latz geknallt nach der Devise „friß oder stirb“.

Ein Bürger mahnte bezüglich der jetzt schon geschehenen Kostensteigerung, und den Projekten Kindergarten teurer als veranschlagt, Kläranlage teurer als veranschlagt, Stederdorf teurer als veranschlagt, Ortsdurchfahrt Gr. Straße teurer als veranschlagt: Wie lange sollen unsere Kinder und Enkel dafür zahlen?

Ein Bürger sah am Beispiel Groß Bültens ein bewußtes Konzept, des Ausblutens der Dörfer: Keine Gemeinschaft, kein Verein, kein Schützenfest. Er sah die Ausschreibung des Baugebietes in Gefahr, denn wer baue hier? Junge Familien. Aber nicht, wenn die Schule fehle (*Kommentar jp: Aktuell Bauland bei Schule gefragt*). Er verstärkte noch einmal das Bekenntnis des stellvertretenden Bürgermeisters Günter Mertins auf der Bürgerversammlung zur Männerfastnacht
viele Solschener würden liebendgerne ihre Kinder aus der Schwerpunktschule Ölsburg abziehen und viel lieber nach Adenstedt schicken.

Einem impulsiven Landwirt fehlte beim amtierenden Bürgermeister das Herzblut – für die dezentralen Ortschaften.

Obwohl Kerstin Wosnitza von der PAZ an der Adenstedter Sitzung wohl nur kurz teilnahm, hat sie es so auf den Punkt gebracht:

Bürger: Das Zahlenwerk wird ebenso infrage gestellt, wie die immer wieder angeführten vermeintlichen Vorteile für die pädagogische Arbeit. Fründt: wies Kritik zurück.

update: Nach weit mehr als 2 Monaten nun das offizielle Protokoll . Hihi!